

PETA Deutschland e.V.
z.Hd.: Herr Höffken
Friolzheimer Straße 3
70499 Stuttgart

Per E-Mail: PeterH@peta.de



CDU

06.09.2022

sk

Beantwortung der Anfrage

Sehr geehrter Herr Höffken,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Damit Sie sich ein umfangreiches Bild über die Ziele und Maßnahmen der CDU in Niedersachsen für die nächste Legislaturperiode in Niedersachsen machen können, beantworten wir sehr gerne Ihre Fragen.

Antworten auf die Fragen des PETA Deutschland e.V. zur niedersächsischen Landtagswahl 2022

1. Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Mit dem niedersächsischen Weg haben wir bewiesen, wie Natur-, Arten- und Gewässerschutz und eine fachgerechte Bewirtschaftung unserer Flächen finanziell auskömmlich in Einklang gebracht werden können. Auch das Tierwohl spielt dabei für uns eine wichtige Rolle. Wir werden das Niedersachsen-Label einführen, um eine verbindliche Haltungs- und Herkunftskennzeichnung für regionale Produkte zu gewährleisten und einen Qualitätsstandard festzulegen.

2. Wird sich Ihre Partei für ein ausnahmsloses Verbot von Tiertransporten in EU-Drittländer einsetzen?

Für uns ist die artgerechte Aufzucht und Haltung von Tieren besonders wichtig. Gerade Tiertransporte stellen für Tiere eine besondere Stresssituation dar. Wir werden die Wege für Tiertransporte

kurzhalten, regionale Schlachtbetriebe fördern und Neuansiedlungen unterstützen. Wir setzen uns für eine gemeinsame europäische Lösung ein.

3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Die Landwirtinnen und Landwirte müssen jeden Tag hohe Qualitätsstandards erfüllen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Hierbei steht nicht nur die wirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln und Energie im Vordergrund, sondern zuallererst das Tierwohl. Aus diesem Grund werden wir in allen öffentlichen Mensen (inklusive Bildungseinrichtungen) und Kantinen einen Anteil aus regionalen Lebensmitteln mehr als bisher einsetzen.

4. Befürwortet Ihre Partei die Aufnahme einer Wahlmöglichkeit in das Landeshochschulgesetz?

Der Betrieb der Mensen obliegt gemäß § 68 Abs. 2 S. 2 NHG den Studentenwerken. Diese Kernkompetenz sollte bei den Studentenwerken verbleiben. Vorgaben des Landes zur Regelung des Essensangebots in niedersächsischen Mensen lehnt die CDU in Niedersachsen ab. Diese Ablehnung ist auch darin begründet, dass die Studentenwerke bereits ein gesundes und nachhaltiges Essensangebot, welches vegane Speisen beinhaltet, vorhält.

5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Landesjagdgesetz unter ausdrücklicher Berücksichtigung der Staatszielbestimmung Tierschutz erneut überarbeitet wird?

Die Jagd ist ein Kulturgut und zugleich aktiver Natur- und Umweltschutz, der von den Jägerinnen und Jägern in Niedersachsen mit viel Engagement und Sorgfalt betrieben wird. Für sie steht das Wohl und die Pflege des Wildbestandes an erster Stelle. Aus diesem Grund werden wir die Jagdzeiten und Jagdmethoden tierschutzgerecht sowie nachhaltig ausgestalten, um somit den Ansprüchen des Natur- und Umweltschutzes gerecht zu werden.

6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass auch tote Fische und wirbellose Tiere angesichts der Verfügbarkeit von künstlichen Ködern nicht mehr beim Angeln verwendet werden dürfen?

Das Angeln mit lebenden Köderfischen ist durch das Tierschutzgesetz bereits verboten. Die Angler haben hinsichtlich des Tierwohls eine große Verantwortung. Wir setzen uns dafür ein, dass beim Angeln alle tierschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Es wird aufgrund des geltenden Tierschutzgesetzes keine Anpassung in diese Richtung für notwendig erachtet.

7. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Gewässern des Landes neue Gebiete ausgewiesen werden, in denen jeglicher Fischfang verboten ist („no take zones“)?

Die Einschränkungen durch die Vorgaben der Natura 2000 sowie der „EU – Biodiversitätsstrategie 2030“ sind wichtige Maßnahmen, um dem Naturschutz gerecht zu werden. Weitere Fischfangverbotszonen werden von uns nicht befürwortet.

8. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Niedersachsen ein Informationsfreiheitsgesetz etabliert wird?

Im Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages wird die Thematik eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes aufgegriffen. Die zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte Evaluation der entsprechenden Gesetze in anderen Ländern ist abgeschlossen. Im dafür zuständigen Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen laufen die Beratungen noch. Eine Entscheidung darüber, ob in Niedersachsen ein Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz auf den Weg gebracht wird, steht noch aus. Unabhängig vom Ausgang setzen wir uns dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger von der Verwaltung die Informationen bekommen, die erforderlich sind, um fundierte Entscheidungen im Bereich des Tierschutzes treffen zu können.

Gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir unser Land nach vorne bringen. Deshalb haben wir zunächst in einem ebenso intensiven wie interaktiven Prozess Ideen mit unseren Mitgliedern, mit Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen ausgetauscht. Dafür sind wir sehr dankbar. Am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag in Lingen haben wir unser Regierungsprogramm abschließend beraten und beschlossen. Nun freuen wir uns, dass wir allen Niedersächsinen und Niedersachsen mit unserem Programm ein zukunftsgerichtetes und innovatives Angebot für die kommenden fünf Jahre machen können. Alles Gute für Sie und bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU in Niedersachsen